

**Umweltausschuss**  
**Protokoll Nr. UA/02/2017**  
**Bau- und Planungsausschuss**  
**Protokoll Nr. BPA/02/2017**

über die gemeinsame öffentliche Sitzung  
des Umweltausschusses mit dem  
Bau- und Planungsausschuss (TOP 1 bis 6) am 15.02.2017,  
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der gemeinsamen Sitzung : 19:00 Uhr  
Ende der gemeinsamen Sitzung : 20:42 Uhr

*Aus Kostengründen wird bei dieser Niederschrift auf den Ausdruck der gemeinsamen Tagesordnungspunkte 1 bis 6 mit dem Bau- und Planungsausschuss verzichtet und auf das BPA-Protokoll Nr. 02/2017 verwiesen.*

*Im Rats- und Bürgerinformationssystem sind beide Protokolle vollständig einsehbar.*

**Anwesend**

**Umweltausschuss**

**Vorsitz**

Frau Marleen Möller

**Stadtverordnete**

Frau Carola Behr  
Herr Detlef Levenhagen  
Frau Karen Schmick  
Herr Christian Schmidt  
Herr Heino Wriggers

i. V. f. StV Rathje  
i. V. f. BM Schilling  
ab 19:04 Uhr; TOP 4

**Bürgerliche Mitglieder**

Herr Rolf Griesenberg  
Herr Horst Marzi  
Frau Sibylle von Rauchhaupt

i. V. f. BM Burmeister  
i. V. f. BM Koenig

## **Bau- und Planungsausschuss**

### **Vorsitz**

Herr Hartmut Möller

### **Stadtverordnete**

Frau Carola Behr  
Herr Uwe Gaumann  
Herr Jörg Hansen  
Frau Monja Löwer

### **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Olaf Falke  
Herr Uwe Graßau  
Herr Tim Greiser  
Herr Rolf Griesenberg

i. V. f. StV Hengstler  
i. V. f. StV Haase

### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Peter Egan  
Herr Jochen Proske  
Herr Dietrich Szelitzki  
Herr Angelius Krause  
Herr Yannick Klix

bis 20:25 Uhr; TOP 6

Seniorenbeirat  
Behindertenbeirat  
Kinder- und Jugendbeirat

### **Sonstige, Gäste**

Herr Nils Adam  
Herr Klaus Mysegades  
  
Herr Alexander Oestert  
  
Herr Dr. Bernd Burandt

DB Netz AG Teilprojektleiter  
DB Netz AG Technisches Pro-  
jektmanagement  
DB Netz AG Regionales Projekt-  
management  
Büro LAIRM Consult/Bargteheide

### **Verwaltung**

Herr Michael Sarach  
Herr Peter Kania  
Frau Andrea Becker  
Frau Annette Kirchgeorg  
Frau Veronika Conradi  
Frau Stefanie Soltek  
Herr Heinz Baade  
Herr Stephan Schott  
Frau Anette Kruse  
Herr Ulrich Kewersun

bis 20:42 Uhr; TOP 6

bis 20:42 Uhr; TOP 6

Protokollführer

**Entschuldigt fehlt/fehlen**

**Bau- und Planungsausschuss**

**Stadtverordnete**

Herr Rafael Haase  
Frau Anna-Margarete Hengstler

**Umweltausschuss**

**Stadtverordnete**

Frau Claudia Rathje

**Bürgerliche Mitglieder**

Herr Dirk Burmeister  
Frau Cordelia Koenig  
Herr Toufic Schilling

### **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Verpflichtung der stellvertretenden Bürgerlichen Mitglieder
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung des gemeinsamen Sitzungsteils
6. Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der geplanten S-Bahnlinie 4

**2017/003**

## **1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzenden haben sich dahingehend geeinigt, dass der gemeinsame Sitzungsteil vom Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses geleitet wird.

Der Vorsitzende Herr Möller begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

## **2. Verpflichtung der stellvertretenden Bürgerlichen Mitglieder**

Die Vorsitzende des Umweltausschusses Frau Möller verpflichtet nacheinander sowohl Frau Susanna Hansen als auch Herrn Wolfgang Schäfer durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

## **3. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse ist gegeben.



## 6. Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der geplanten S-Bahnlinie 4

Nach Begrüßung der Vertreter der Deutschen Bahn AG und des Ingenieurbüros verweist Herr Adam einleitend auf das S4-Projekt zwischen Hamburg und Bad Oldesloe mit den damit verbundenen Maßnahmen und Zielen (**vgl. Anlage**). Während sich die Ausbaustrecke aufgliedert in drei Planfeststellungsabschnitte und die das Hamburger Hoheitsgebiet betreffenden Abschnitte vorweglaufen, ist für den Abschnitt III zwischen der Landesgrenze und der Abstellanlagen nördlich des Haltepunktes Ahrensburg-Gartenholz vorgesehen, die Unterlagen im Herbst 2017 dem Eisenbahn-Bundesamt als Planfeststellungsbehörde zuzuleiten.

Herr Adam stellt vorab klar, dass die Lärmschutzmaßnahmen nur in Verbindung mit dem S4-Projekt stehen, nicht jedoch realisiert werden bei einem erhöhten Güterverkehr auf den bestehenden Gleisen, deren Nutzung Bestandsschutz genieße. Die für den Bedarf des Planfeststellungsverfahrens maßgebliche Änderung trete durch die neue Gleisanlage ein.

Daraufhin berichtet Herr Dr. Burandt über die vom Büro LAIRM Consult erstellte Vorplanung auf Basis der 16. BImSchV, wonach der Lärm auf eine umfassendere und differenziertere Weise als bisher ermittelt wird und im Ergebnis zu höheren Immissionspegeln führt. Aufgrund der vorgegebenen Grenzwerte in Wohngebieten von 59 dBA tagsüber und den hier überwiegend maßgeblichen 49 dBA nachts – in Misch- und Gewerbegebieten sind diese Werte jeweils um 5 bzw. 10 dBA höher – habe man die Schutzfälle errechnet, d. h. die Wohnungen ermittelt, denen aufgrund individueller Ansprüche Lärmschutz gewährt werden muss.

Bei der Vorstellung der hieraus ergebenden aktiven Lärmschutzmaßnahmen (vgl. Vorlage) betont Herr Dr. Burandt, dass zwar diverse Alternativen (kontrolliertes Gleis, Schienenstegdämpfer u. ä.) geprüft und berechnet wurden, diese ergänzenden Maßnahmen jedoch nicht geeignet seien, auf die aufgezeigten Höhe der Lärmschutzwände zu verzichten. Nach dem Ergebnis blieben rd. 500 Wohneinheiten über, deren Lärmschutz nur durch (ergänzende) passive Lösungen gewährleistet werden kann.

Die Öffnung der eigentlichen Sichtachsen würde rd. 200 Schutzfälle mehr verursachen, was kaum zu begründen sei. Auch der Einbau transparenter Wände in den Sichtachsen hätte einen geringeren Absorbierungsgrad.

Wie die Vertreter der DB betonen, sei ihr Unternehmen vom Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg beauftragt worden, die Planungsphasen im Hinblick auf das Planfeststellungsverfahren durchzuführen, was beinhaltet, möglichst viele so genannte Schutzfälle unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu lösen. Dieses umfasst etwa nicht, ein tiefer liegendes Gleis in Betracht zu ziehen, da dies von vornherein keine wirtschaftliche Lösung darstelle.

Man sei aber bereit, sich mit der Stadt und den von ihr beauftragten Fachleuten auseinanderzusetzen, um darüber hinausgehende Alternativen anzudenken und vorzubereiten.

Im Rahmen der anschließenden Aussprache stellen die Vertreter der Deutschen Bahn klar, dass die anzunehmenden Zugzahlen auf Basis des Bundesverkehrswegeplanes vom Eisenbahn-Bundesamt vorgegeben seien und neben den im Jahr 2025 angenommenen Fern- und Güterverkehren auch die Verbindungen des RE und der S4 umfassen. Der Lärm im Bereich der Bahnhöfe werde auf Basis durchfahrender Züge berechnet und damit in der Berechnung höher. Das differenzierte Interesse an der S4 – etwa die Vorteile bei der Entlastung des Hamburger Hauptbahnhofes – hätten keinen Einfluss auf Lösungsergebnisse.

Ein Ausschussmitglied schildert ein derzeit laufendes und in Ansätzen angeblich vielversprechendes Pilotverfahren, in dem Verhältnisse wie derzeit in Hamburg-Tonndorf zu betrachten vermieden werden können, indem auf einen Gabionensockel transparente Wände in der entsprechenden Höhe gesetzt werden. Man kommt überein, diesen Fall als zu untersuchende technische Lösung im Sinne der Nr. 1 des Beschlussvorschlages zu betrachten.

Mehrere Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, bei der Ermittlung des Lärmschutzes zu differenzieren zwischen dem Schienenpersonenverkehr und dem Güterverkehr, der durch die Realisierung einer festen Fehmarn-Belt-Querung spürbar steigen werde. Dabei wird um Berücksichtigung gebeten, dass der Güterverkehr, der im Zuge der festen Fehmarnbelt-Querung zunehmen wird, mehr Lärm produziert als der Schienenpersonenverkehr der S4.

Ferner wird festgestellt, dass die Belange des nah an der Schienenstrecke liegenden FFH-Gebietes der Umweltverträglichkeitsprüfung vorbehalten seien. Dieses betrifft auch die Zerschneidung von Jagdbezirken und der evtl. beeinträchtigte Wildwechsel; hier könnten geeignete kompensierende Maßnahmen festgelegt werden, ggf. wäre ein wirtschaftlicher Schaden auszugleichen.

Ebenfalls der Abwägung im Planfeststellungsverfahren bleibe vorbehalten, städtebauliche Missstände, wie die Belange in der Innenstadt mittigen Sichtachsen oder die Belange, das Auetal optisch nicht weiter durch Lärmschutzwände auf der Brücke zu schließen, zu bewerten, um zu abgewogenen verträglichen Lösungen zu kommen.

Im Anschluss befassen sich beide Ausschüsse konkret mit der Beschlussvorlage (2017/003):

Auf den Hinweis mehrerer Ausschussmitglieder, dass es in dem heutigen Beschluss nicht um Zustimmung zu Aufträgen gehen könne, im kürzlich beschlossenen Haushaltsplan 2017 keine entsprechenden Mittel hierfür bereitgestellt worden seien und Nr. 5 des Beschlussvorschlages vorweg gestellt werden sollte, kommt man auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, den Beschluss in einer veränderten Form zur Abstimmung zu stellen und hierbei den Antrag AN/007/2017 zu integrieren.

Dieser wird vom Antragsteller vorgestellt und begründet, wobei auf die Lösung bei der U 1 auf Höhe der Hamburger Handelskammer verwiesen wird, in der die Gleise zwar überbaut, die Seitenwände auf Höhe des Zugverkehrs jedoch durch Glasfassaden transparent gehalten werden konnten.

Abschließend betonen Sitzungsteilnehmer, dass es um ein anzustrebendes Maßnahmenbündel gehe zur Verfolgung der städtischen Interessen bei diesem auch langfristig die Stadt Ahrensburg beeinflussenden Projekt. Viele Ausschussmitglieder hinterfragen jedoch, ob und inwieweit das Tieferlegen der Gleise wirklich sinnvoll erscheint.

Anschließend wird der **Beschlussvorschlag** wie folgt neu formuliert, wobei man in beiden Ausschüssen einzeln und getrennt über die neuen fünf Punkte abstimmt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten zu ermitteln sowie den Gremien zur Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel und zur späteren Beauftragung vorzulegen für folgende Maßnahmen:

1. Erarbeiten und Aufzeigen von anderen technischen Lösungen (niedrige Lärmschutzwände, Gabionensockel mit transparenten Wänden, Maßnahmen am Gleis, passive Maßnahmen u. ä.) durch ein geeignetes Ingenieurbüro mit dem Ziel darzulegen, wie der erforderliche Schallschutz seitens der Bahn sichergestellt werden kann bei einem Freihalten der Innenstadt (Bahnhof bis Gleisquerung Manhagener Allee) von hohen Lärmschutzwänden.

**Abstimmungsergebnis BPA:** Alle dafür  
**Abstimmungsergebnis UA:** Alle dafür

2. Erstellen einer Machbarkeitsstudie über das Tieferlegen der Gleise.

**Abstimmungsergebnis BPA:** 1 dafür (SPD)  
8 dagegen  
**Abstimmungsergebnis UA:** Alle dagegen

3. Durchführen einer Untersuchung über die Auswirkungen der hohen Lärmschutzwände auf den Handel in der südlichen Innenstadt.

**Abstimmungsergebnis BPA:** 5 dafür (CDU, FDP, Grüne)  
2 dagegen (SPD)  
2 Enthaltungen (Grüne, WAB)  
**Abstimmungsergebnis UA:** 5 dafür (CDU, FDP, Grüne)  
3 dagegen (SPD, WAB)  
1 Enthaltung (Grüne)

4. Beraten durch einen Fachanwalt in Sachen S4-Lärmschutz.

**Abstimmungsergebnis BPA: Alle dafür**  
**Abstimmungsergebnis UA: Alle dafür**

5. Erstellen einer Machbarkeitsstudie über eine Überbauung der Gleise im Bereich der Innenstadt/Sichtachsen (vgl. Antrag AN/007/2017).

**Abstimmungsergebnis BPA: 4 dafür (CDU, FDP)**  
**4 dagegen (SPD, WAB, Grüne)**  
**1 Enthaltung (Grüne)**

**Abstimmungsergebnis UA: 6 dafür (2 CDU, SPD, FDP, WAB, Grüne)**  
**1 dagegen (SPD)**  
**2 Enthaltungen (CDU, Grüne)**

Abschließend wird festgestellt, dass der fünfte Einzelpunkt damit lediglich vom Umweltausschuss beschlossen worden ist.

Mit dem Abschluss der Behandlung des TOP 6 endet der gemeinsame Sitzungsteil mit dem Umweltausschuss, dessen Sitzung um 20:42 Uhr geschlossen wird.

gez. Hartmut Möller  
Vorsitzender BPA

gez. Marleen Möller  
Vorsitzende UmwA

gez. Ulrich Kewersun  
Protokollführer